

KURZ UND PRÄGNANT

Scheingewerkschaft Tarifhoheit entzogen

Am 11. Juni hatte das Bundesarbeitsgericht endgültig der christlichen Gewerkschaft „medsonet“ jegliche Tariffähigkeit abgesprochen und damit dem Antrag der Gewerkschaft Verdi entsprochen. MdL Ina Leukefeld bezeichnete es als „ein gutes Signal, wenn das Bundesarbeitsgericht solchen Scheingewerkschaften ausdrücklich jede Tarifhoheit entzieht und damit die wirklichen Interessenvertretungen der Beschäftigten stärkt“. Medsonet verfügte mit gerade einmal 7.000 Mitgliedern bundesweit nicht einmal über einen Vertretungsanspruch von einem halben Prozent der Branchenbeschäftigten und wurde deshalb bereits im März vergangenen Jahres seitens des Landesarbeitsgerichts Hamburg für nicht tariffähig erklärt. Dieses Urteil bestätigte das Bundesarbeitsgericht nun auf ganzer Linie. „Mini-Gewerkschaften, die miserable Lohnabschlüsse vereinbaren, schaden dem Ruf der Gewerkschaften als Ganzes und untergraben den eigentlichen Sinn der Tarifautonomie. Sie behindern zudem Möglichkeiten für die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen. Schon daraus wird deutlich, dass sie in ihrer realen Nutzung keine Arbeitnehmervertretungen sind“, kritisierte die Arbeitsmarktpolitikerin. In Ostdeutschland waren 2011 gerade einmal noch 37 Prozent der Unternehmen tarifgebunden. ■

Abbau noch bestehen- der Diskriminierungen

Mit dem am 6. Juni veröffentlichten Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Ehegattensplitting „ist wieder ein Stück mehr Gerechtigkeit in diese Gesellschaft eingezogen“, sagte MdL Karola Stange. Einmal mehr musste aber erst ein oberstes Gericht die Versäumnisse der Politik korrigieren. Die Vorschriften des Einkommenssteuergesetzes verstießen gegen den allgemeinen Gleichheitssatz. „Anstatt darauf zu warten, dass sich Lesben und Schwule Gesetz für Gesetz durch die Instanzen klagen, sollte die Politik für eine generelle Gleichstellung sorgen. Ich fordere die Landesregierung auf, nicht zuletzt auch im Hinblick auf das 20-jährige Jubiläum der Thüringer Verfassung alle diskriminierenden Regelungen aus dem Landesrecht zu verbannen und sich auf Bundesebene für eine umfassende Gleichstellung von Lesben und Schwulen einzusetzen.“ Das Urteil weise explizit darauf hin, dass diese Diskriminierung grundsätzlich den Grundrechten widerspreche. ■

Für eine bürgernah arbeitende Polizei

Neueste Einsparvorschläge verunsichern Einwohner und Polizeibeamte

Eine Reform der Sicherheitsstruktur in Thüringen „ist keine Frage statistischer Vergleiche und quantitativ berechneter Einsparpotentiale, sondern eine der Aufgabenerfüllung und der dazu notwendigerweise vorzuhaltenden Polizeistruktur“, erklärte die Innenexpertin der Linksfraktion, Martina Renner, in Reaktion auf Vorstellungen des Thüringer Finanzministers zum Stellenabbau in der Thüringer Polizei gegenüber der Regierungskommission zur Verwaltungs- und Gebietsreform.

Am 16. Juni hatte der MDR Thüringen über Pläne aus dem Thüringer Finanzministerium berichtet, wonach der Anteil an Polizeibeamten in Thüringen an den der westdeutschen Flächenländer angepasst werden soll. Das hätte zur Konsequenz, dass bis 2020 etwa 1.900 Stellen gestrichen werden müssten.

„Ein Abbau in dieser Größenordnung ist sowohl strukturell nach der gerade abgeschlossenen Polizeistrukturenform als auch ohne eine vorherige Aufgabenanalyse gar nicht praktikabel, ohne einen drastischen Einschnitt mit gravierenden Folgen für Einsatzbereitschaft, Einsatzzeiten und flächendeckender Präsenz hervorzurufen. Notwendig wäre es, anstatt buchhalterische Vergleiche anzustellen, darüber zu diskutieren, welche polizeifremden Aufgaben auf Dritte, zum Beispiel auf die Kommunen, und welche rein verwaltungsrechtlichen Aufgaben auf Tarifbeschäftigte übertragen werden können. Notwendig ist auch, ausgehend vom Ziel einer bürgernahen und präsenten Polizei über einzuhaltende

Einsatzzeiten zu diskutieren und im Ergebnis dessen über die dafür notwendigen Stellen bei der Polizei zu reden“, sagte Martina Renner. Bereits in der Beratung zum Haushalt 2013/2014 hatte DIE LINKE gefordert, das bisherige Stellenabbaukonzept auszusetzen. Schließlich müssten erst die kürzlich vorgenommene Polizeistrukturenreform ausgewertet und eine aktuelle Aufgabenanalyse vorgenommen werden.

„Abbauvorschläge, die weit über den bestehenden Stellenabbaupfad der Landesregierung hinausgehen, sind kein Bestandteil einer qualitativen Verwaltungsreform, sie sind letztlich nur geeignet, EinwohnerInnen und Polizeibeamte zu verunsichern.“ Martina Renner erinnerte daran, dass die nun im Raum stehende Größe des durch den Finanzminister vorgeschlagenen Stellenabbaus einen rechnerischen Umfang in der Größenordnung aller derzeitigen Polizeiinspektionen einnimmt.

„Der Vorschlag dokumentiert, wie inhaltsfrei Reformen in Thüringen angegangen werden. Das wird auch dadurch dokumentiert, dass das für die Polizei zuständige Innenministerium von den Vorstellungen nichts wusste und selbst auch nicht in der Regierungskommission vertreten ist.“

DIE LINKE macht Ermittlungen gegen Polizeibeamte zum Thema

„Die immer wieder zu Tage tretenden Berichte über Ermittlungen gegen Polizeibeamte sind beunruhigend und beunruhigen auch die Beamten selbst. Es drängt sich der Verdacht auf, dass Polizeibeamte, die sich als Personalrat für Bedienstete einsetzen, GewerkschafterInnen, die im Kontakt mit Jour-

nalistInnen und PolitikerInnen stehen, besonders intensiven Ermittlungen entweder wegen Nichtigkeiten oder wegen konstruierter Vorwürfe ausgesetzt sind. Dieser Verdacht muss ausgeräumt werden“, so Martina Renner zur von der Linksfraktion beantragten Aktuelle Stunde für die Juni-Landtags-sitzung.

Die Einstellung des Verfahrens gegen einen Beamten wegen des Verdachts der Weitergabe des so genannten Papst-Einsatzbefehls nach 18 Monaten intensiver Ermittlungen ohne auch nur einen konkreten Verdacht einerseits und andererseits auch das Ausspähen von E-Mail-Konten, Auslesen von Handy-Daten, darunter Kommunikationsinhalte mit Abgeordneten und Journalisten, zeigen die Unverhältnismäßigkeit des Vorgehens gegen einen – so sagt auch die GdP – „unbequemen Polizeibeamten“.

Aber auch einen neuerlichen Fall wertete die LINKE-Innenpolitikerin als „beunruhigend“. So sollen E-Mail-Konten eines am Berufsbildungszentrum der Thüringer Polizei tätigen Gewerkschafters durchsucht worden sein. Die Gewerkschaften vermuten einen Zusammenhang mit einem zuvor stattgefundenen Gespräch des Gewerkschafters mit der LINKEN-Landtagsabgeordneten.

Die „offizielle“ Begründung ist, dass eine Lehrgangsklasse überdurchschnittlich gut abgeschlossen habe und daher zu befürchten sei, dass Prüfungsinhalte durch den Beamten vorab verraten wurden. „Die Polizei braucht Strukturen, die ihr ermöglichen, bürgernah und transparent zu arbeiten, betonte Martina Renner. ■

Wohnungskonferenz mit Themen-Marktplatz

Nachgefragt bei Heidrun Sedlitz, wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

Die nun schon 6. Wohnungspolitische Jahrestagung steht unmittelbar bevor. Worum geht es diesmal?

Das Thema lautet „Wohnen – Grundrecht oder Ware?“. In bewährter Zusammenarbeit von Kommunalpolitischen Forum Thüringen e.V. (KOPOFOR) und Landtagsfraktion der LINKEN findet die Tagung am Samstag, den 22. Juni, in der Zeit von 10 bis 17 Uhr in Weimar im Jugend- und Kulturzentrum mon ami am Goetheplatz statt. Neu wird sein, dass wir erstmals keine Referenten referieren lassen, sondern für uns eine OPEN-SPACE-Konferenz als neue Methode ausprobieren.

Wie funktioniert Open Space?

Open Space schafft einen stabilen methodischen Rahmen, in dem viele



Menschen selbstorganisiert und selbstverantwortlich das Anliegen gemeinsam

bearbeiten können. Es gibt keine vorgegebenen einzelnen Themen. Jeder kann das Anliegen, das ihm besonders am Herzen liegt, vorantreiben. Das können komplexe und dringliche gemeinsame, aber auch persönliche, Fragen und Themen dazu sein. Sie werden erst zu Beginn der Veranstaltung formuliert. So entsteht ein großer „Themen-Marktplatz“, auf dem sich die Teilnehmer zu Themengruppen zusammenschließen. Die Methode ermöglicht, wenn sie richtig durchgeführt wird, eine breite Beteiligung, erzeugt gegenseitiges Verständnis und Energie für die Umsetzung der gemeinsam erarbeiteten Ideen. Damit das auch klappt, haben wir uns eine ausgebildete Trainerin engagiert.

Wer soll kommen?

Natürlich sind alle Interessierten eingeladen, aber wir haben auch in der Vorbereitungsgruppe zusammengetragen, wen wir alles dabei haben möchten. Ich habe gestaunt, welche Vielfalt da zusammen kam, vor allem auch über unsere bekannten Diskussionskreise hinaus.

Wie sind die Erwartungen?

Wenn viele verschiedene Interessierte kommen, wird es wohl am interessantesten. Das Thema ist mir einfach zu schade, um, wie die meisten Parteien, damit nur zu Wahlkampfzeiten punkten zu wollen. Ich wünsche mir zukünftige Netzwerke für dieses wichtige Thema, damit selbstbestimmtes Wohnen für alle eine Zukunft hat. Wir werden auch wieder eine Dokumentation auf CD anfertigen. ■